

Monitoring Rechtsextremismus aktuell 1-2015

Vorwort

Im November 2013 hat das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg (MBT Hamburg) die Broschüre *Umkämpfte Räume. Extrem Rechte Strukturen in Hamburg und das zivilgesellschaftliche Engagement gegen sie. Eine Bestandsaufnahme* herausgegeben. Anliegen der Broschüre war es einerseits die extreme Rechte in Hamburg zu beleuchten, andererseits das zivilgesellschaftliche Engagement gegen sie zu würdigen. Der vorliegende zweite Monitoring Bericht knüpft an den Recherchestand der Broschüre vom November 2013 und an den ersten Monitor Bericht aus dem September 2014 an.

Die verschiedenen AkteurInnen und Strukturen der extremen Rechten sind ebenso wenig statisch, wie die Initiativen und Protestformen gegen sie. Veränderungen sind immer wieder zu beobachten. Die *umkämpften Räume* sind **in Bewegung**. Die Monitoring Berichte erscheinen darum in unregelmäßigen Abständen, um Interessierten aktuelle Informationen und Wissen über (extrem) Rechte Strukturen in Hamburg und über neue Aktivitäten und Initiativen gegen rechts zu liefern, die **bewegten Räume** darzustellen und zu begleiten.

In dem Artikel „Rückzug – Unterwerfung - Die Identitäre Bewegung (IB) in Hamburg“ wird in dieser Ausgabe die Situation der Hamburger Identitären Bewegung analysiert und in Bezug zu bundesweiten Entwicklungen gesetzt.

Der Beitrag „Halskestraße 1980 – Rassistische Morde in Hamburg: Vom Erinnern und Vergessen“ beschäftigt sich mit der von AntifaschistInnen ausgerichteten Veranstaltungsreihe „Vom rassistischen Normalzustand zum Nationalsozialistischen Untergrund“, in deren Rahmen unter anderem die Schwierigkeiten des Gedenkens an Opfer rassistischer Gewalt thematisiert wurden.

In dem Bericht „Gegen Rechts in Glinde“ wird eine Initiative gegen rechts in der Metropolregion Hamburg mit ihren Anliegen und Ansätzen vor- und dargestellt.

MBT Hamburg, Januar 2015

**Rückzug – Unterwerfung
Die Identitäre Bewegung (IB) in Hamburg**

Von Emil Meyer

2

**Halskestraße 1980
Rassistische Morde in Hamburg:
Vom Erinnern und Vergessen**

Vorbereitungskreis der Veranstaltungsreihe „Vom rassistischen Normalzustand zum Nationalsozialistischen Untergrund“

4

**Gegen Rechts in Glinde.
Die Aktion M.u.T. –
ein Zusammenschluss antifaschistisch
ausgerichteter Menschen**

Von M.u.T.

8

von Emil Meyer

Identitäre Bewegung Großraum Lüneburg

Der Versuch des Sprungs vom Internet in die Realität ist für die IB Hamburg gescheitert.

Alle bisherigen Versuche größere Aktionen, wie etwa das zentrale Verteilen von Flugblättern zur Bundestagswahl oder der Aufbau von rechts-konservativen Strukturen durchzuführen, sind durch zivilgesellschaftliche und antifaschistische Intervention verhindert worden. Kleinere Aktionen, die vor allem nach Innen und für die soziale Medien gemacht wurden, finden faktisch heute kaum noch statt. Die Führungskader, wie der angehende Erzieher Andre V. und der Erziehungswissenschafts-Student an der Uni Hamburg Nando A. wurden durch AntifaschistInnen geoutet bzw. ihre Tätigkeit in der rechten Szene an ihren Wirkungsorten thematisiert. Dadurch wurden beide an ihren Ausbildungs- bzw. Studienorten massiv eingeschränkt und haben sich aus der öffentlichen Arbeit der IB Hamburg zurückgezogen. Intern sind beide aber nach wie vor aktiv.

Mitte 2014 gab es ein bundesweites IB Treffen, in welchem die verschiedenen bundesweiten Gruppen und Zugehörigkeiten neu verteilt wurden. Danach wurde die IB Hamburg der wesentlich aktiveren IB Gruppe Lüneburg zugeordnet.

Die neue IB Gruppe heißt nun IB Großraum Lüneburg. Wohlgemerkt Großraum Lüneburg – nicht Großraum Hamburg. Allein diese Tatsache macht den Zustand der Hamburger Gruppe mehr als deutlich. Eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Ortsgruppen gab es bereits vorher. Die IB Lüneburg um den früheren Aktivist der „Jungen Nationaldemokraten“ Jan K. ist für eine IB Gruppe erstaunlich aktiv. Und das auch außerhalb des Internets. So werden regelmäßig Wanderungen und Schulungen angeboten. Aber auch Aktionen in Lüneburg selbst, wie der (natürlich medial in Szene gesetzte) Besuch einer Fastfood-Kette mit Flyer-Verteilung. Jan K. schaffte es sogar, sich gegenüber der Lokalpresse als seriöser Vertreter der IB interviewen zu lassen. Dass die IB Lüneburg nun aber als Kontakt für Interessierte aus Hamburg dient, ist mehr als ein Zeichen

von Schwäche. Es ist ein faktischer Rückzug aus einer angestrebten Wirkmächtigkeit im rechts-konservativen Bereich in Hamburg. Auch dass der offizielle Ansprechpartner der IB Großraum Lüneburg für Hamburg als Facebook Alias den Namen des früheren Führers der belgischen **Rexisten** und ehemaligen Offiziers der Waffen-SS Leon Degrelle trägt, macht deutlich, dass sich trotz aller Versuche die neo-nazistische Gesinnung der IB zu tarnen im Kern ein rechtes Weltbild vorhanden ist, welches auf Ideologien der Ungleichwertigkeit beruht.

Norddeutsche Konsolidierungsversuche

Die Versuche der Hamburger IB sich mit verschiedenen rechten und rechts-konservativen Gruppen zu vernetzen und zu agieren sind nachhaltig gescheitert. Der wohl bekannteste Fehlschlag war die Idee des Aufbaus eines „Konservativ-Freiheitlichen Kreises“ (KfK) gemeinsam mit der Partei „Freiheit-LV Hamburg“, dem rassistischen Blog „PI-News“ und der geschichtsrevisionsistischen „Staats- und Wirtschaftspolitischengesellschaft“ und konservativen Einzelpersonen. Maßgeblicher Grund war das große mediale Interesse daran, dass u.a. bekennende Neonazis als Redner zu den Veranstaltungen geladen wurden. Der Organisator Andreas G. stampfte daraufhin alle weiteren geplanten Treffen ein. Auch die Frage inwieweit die „AfD“ als rechts-konservative Wahlalternative sinnvoll wäre, entzweite die „Vernetzung von unterschiedlichen Denkströmungen des Konservatismus und die Zusammenkunft von Jung und Alt“.

Im norddeutschen Raum gibt es noch zwei weitere rechte Gruppen, die auf Inhalte und Stil der IB setzen, ohne offizielle IB-Gruppe zu sein. Anders aber, als bei vielen anderen Tumblr Blogs und Facebookseiten, sind diese beiden Gruppen eng mit der IB vernetzt und befreundet. Diese versuchen, unabhängig von der Unfähigkeit der Hamburger IB

Gruppe über die sehr aktive Lüneburger IB Gruppe, so etwas wie eine norddeutsche Vernetzung voranzutreiben.

Identitas Nord

Die Gruppe ist aus der neonazistischen Gruppe AG Eutin („AG 5“) hervorgegangen. „Identitas“ wird auch auf der offiziellen Website der IB mit Logo verlinkt. Die Gruppe ist seit Oktober 2012 im Internet und bei Facebook vertreten. Auf ihren Seiten werden nicht nur Crossposts der IB verlinkt, sondern auch eigene Beiträge und Videos. Diese wiederum tauchen fast identisch und sehr zeitnah auf der Facebook-Seite der IB Schleswig-Holstein auf, so dass die Vermutung nahe liegt, dass es sich um denselben Personenkreis handelt. Die Kader der Gruppe Ray C., Fabian B. und Christopher P. sind häufig mit Jan K. aus Lüneburg unterwegs. Zahlreiche Selfies bei Wanderungen und Festivitäten belegen dies. Die Identitas waren und sind auf den Deutschlandtreffen der IB anwesend und gelten als fester Bestandteil der IB Deutschland. So werden auch für offizielle IB Seiten Artikel verfasst. Aber auch von Rechtsaußen gibt es viel Lob für die Gruppe aus Eutin. In einem Telefoninterview von Lars H. besser bekannt als neonazistischer Liedermacher „Runijarr“ bekennt dieser sich nicht nur zum „Nationalen Sozialismus“, sondern findet auch viele lobende Worte für „die Eutiner“, mit denen er sich freundschaftlich verbunden fühlt.

Kontrakultur M-V

Ist ein Projekt um den Rostocker Neonazi Daniel F. herum. Dieser ist bzw. war vor allem durch seine Tätigkeiten in der Neonazigruppe „Nationale Sozialisten Rostock“ und der Jugendorganisation der NPD – JN bekannt. Die strukturelle Einbindung von Kontrakultur und Daniel F. in die IB Strukturen wird deutlich in einem Videointerview, welches er mit dem führenden Kader der IB Österreich geführt hat. Darüber hinaus nutzen er und seine Kameraden ein breites Feld an soziale Medien, wie etwa Videoblogs und Podcasts.

Zusammenkommen tun diese verschiedenen rechten Gruppierungen zum Beispiel bei einem „Thing“ Treffen der IB Schleswig - Holstein im Frühjahr dieses Jahres. Dort wurde gemeinsam mit Kameraden von Kontrakultur M-V, IB Großraum LG, Identitas Nord und Einzelper-

sonen aus der rechten Szene gefeiert. Solche Treffen haben neben dem Aspekt der Vernetzung und Ausbau der Kommunikation vor allem Bedeutung für die Bindung des einzelnen Kameraden an die jeweilige Gruppierung. Durch Lagerfeuerromantik und rechts-konservatives Gedankengut wird ein „Wir“ gegen „die“ konstruiert, in dessen Kern völkische Ideologie gegen demokratische Vielfalt steht.

Phalanx Niedersachsen

Noch zu Beginn des ganzen Internethypes um die IB formierte sich auch südlich von Hamburg ein virtueller Ableger. Im Gegensatz zu der damals noch real existierenden IB Hamburg, war diese Gruppe aber nie ein offizieller Teil der IB. Nach unzähligen Umbenennungen heißt die Facebook-Seite nun Phalanx Niedersachsen. Es werden unregelmäßig rassistische und antimuslimische Crossposts verfasst. Eigene redaktionelle Tätigkeit oder inhaltliche Auseinandersetzungen finden auch hier nicht statt. Nach eigenen Angaben besteht die Gruppe aus einer Handvoll älterer Kameraden, die früher auch außerhalb des Internets aktiv waren. Dass die eigene Aktivität auch Tätigkeiten im neonazistischen Spektrum des Nationalen Widerstandes meint, kann als sicher angenommen werden, steckt doch hinter der ganzen Seite der seit langem aktive Harburger Neonazi Olaf P. Den Sprung aus dem Netz schafft aber auch diese rechte Gruppierung nicht – zumindest nicht als Phalanx Niedersachsen.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die neonazistischen Gruppierungen rund um den IB und der IB selbst in Hamburg keine relevante Praxis entwickeln konnten. Auch die Aktivitäten im Web, die zwar Indikator, aber selten für die tatsächliche Größe und Wirkmächtigkeit einer Gruppe stehen, sind überschaubar. Ob sich die Tatsache, dass gerade eine bundesweite Vereinsgründung der IB stattgefunden hat, positiv auf die Entwicklung in Hamburg auswirken könnte, bleibt abzuwarten. Nichtsdestotrotz muss gerade in Zeiten von bundesweiter „Das Boot ist voll“-Parolen, Hetze gegen „Einwanderung in unser Sozialsysteme“ und internationalen Polizeiaktionen gegen vermeintliche „illegale“ MigrantInnen dem Rassismus und Ethnopluralismus der IB und seiner Kameraden offensiv widersprochen werden. ■

Halskestraße 1980

Rassistische Morde in Hamburg:

Vom Erinnern und Vergessen

Die AutorInnen stammen aus dem Vorbereitungskreis der Veranstaltungsreihe „Vom rassistischen Normalzustand zum Nationalsozialistischen Untergrund“

Von September 2013 bis August 2014 lief die Veranstaltungsreihe „Vom rassistischen Normalzustand zum Nationalsozialistischen Untergrund“. In deren Rahmen wurden auch die Schwierigkeiten des Gedenkens an Opfer rassistischer Gewalt thematisiert und an einen Brandanschlag erinnert, den eine terroristische Neonazigruppe vor 34 Jahren in Hamburg verübte und dem zwei Menschen zum Opfer fielen.

Die Halskestraße in Hamburg Billwerder ist eine schmucklose Straße zwischen Autobahn, Gewerbegebiet und Rangierbahnhof am Rande der Stadt. Vor einem Hotel, das von LKW-Fahrern und MusicalbesucherInnen genutzt wird, versammeln sich am 23. August 2014 ungefähr 60 Menschen. Sie gedenken der Opfer eines rassistischen Brandanschlags, der vor 34 Jahren in der Nacht zum 22. August 1980 von zwei Mitgliedern der neonazistischen „Deutschen Aktionsgruppen“ unter Manfred Roeder verübt wurde, und enthüllen eine Gedenktafel. Damals war das heutige Hotel eine Sammelunterkunft, in der vor allem sogenannte Boat People lebten, Flüchtlinge aus Vietnam. Der 22jährige Ngoc Châu Nguyen erlag noch in derselben Nacht seinen Verletzungen, der 18jährige Anh Lân Dô, mit dem er ein Zimmer teilte, starb einige Tage später.

1980 erregte der Brandanschlag die hanseatische Öffentlichkeit, auf dem Öjendorfer Friedhof erhielten die beiden Ermordeten ein feierliches Begräbnis mit 400 Trauergästen unter Beteiligung von Bürgermeister Ulrich Klose. Danach geriet der Brandanschlag in der bürgerlichen Öffentlichkeit schnell in Vergessenheit.

Mittlerweile sind die Gräber von Ngoc Châu Nguyen und Anh Lân Dô aufgelöst. Nirgendwo in der Stadt, weder auf dem Friedhof noch

am heutigen Hotel „Amedia“ und auch an keinem anderen Ort, wird der Opfer gedacht. Das Vergessen ist so weitgehend, dass man anlässlich der Medienreaktionen auf das Bekanntwerden des NSU-Mordes an Süleyman Taşköprü in der Bahrenfelder Schützenstraße den Eindruck gewinnen musste, nie zuvor habe Vergleichbares in Hamburg stattgefunden. Die Gedenkkundgebung in der Halskestraße und eine Diskussions- und Informationsveranstaltung zu dem Anschlag von 1980 sind der Abschluss der Veranstaltungsreihe „Vom rassistischen Normalzustand zum Nationalsozialistischen Untergrund“, die mit achtzehn Veranstaltungen ein Jahr lang verschiedene Aspekte der NSU-Morde beleuchtete.

Entstanden war die Idee dazu im Frühjahr 2013. Gut anderthalb Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU begann in München der Gerichtsprozess gegen Beate Zschäpe und andere, während in Hamburg die öffentliche Auseinandersetzung mehr oder weniger zum Erliegen gekommen war. War die Fassungslosigkeit angesichts von neun unerkannt gebliebenen rassistisch motivierten Morden und des Versagens der Behörden anfangs noch mit Demonstrationen und der Forderung nach Konsequenzen zum Ausdruck gebracht worden, versandeten die Aktivitäten in Hamburg recht bald. Es blieb wenigen kritischen KommentatorInnen überlassen, den Fortgang der Aufklärung zu beobachten und auszuwerten.

Dabei waren und sind im Zusammenhang mit dem NSU weiterhin viele Fragen offen. Fragen nach den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen diese terroristische Neonazigruppe 13 Jahre lang im Untergrund leben und ungehindert morden konnte. Rahmenbedingungen,

in denen die Opfer und deren Angehörige massiven Verdächtigungen durch die ermittelnden Behörden ausgesetzt waren und durch Presseberichterstattung über „Dönermorde“ verunglimpft wurden.

Mit der Veranstaltungsreihe sollten diese Zusammenhänge genauer beleuchtet und verschiedene Fragen thematisiert werden: Welche Rolle spielte der strukturelle und institutionelle Rassismus dabei, dass die Ermittlungsbehörden nicht in Richtung organisierter Neonazis ermittelt hatten? Welche Rolle bei der schikanösen Behandlung der Betroffenen? Wie etabliert ist der gesellschaftliche Rassismus, dass an keiner Stelle Unbehagen an den diffamierenden Begrifflichkeiten, die viele Medien im Zusammenhang mit der Mordserie verwendeten, geäußert wurde?

Neben dem Ausloten der rassistischen Dimensionen dieses Komplexes und der Frage nach eigenen politischen Schlussfolgerungen daraus richtete sich ein zweiter Fragenkomplex auf die Verwicklung deutscher Polizeibehörden und insbesondere des Verfassungsschutzes in die Umtriebe des NSU: Welche Einblicke und Deutungen ermöglichten die Bundestags- und Landtagsuntersuchungsausschüsse im Hinblick auf

das Behördenversagen? Werden institutionelle Konsequenzen gezogen oder bleibt alles beim Alten?

Nicht nur die Frage, was von staatlicher und gesellschaftlicher Seite dazu beigetragen hatte, dass der NSU ungehindert morden konnte, war Gegenstand der Veranstaltungsreihe, sondern auch die nach den eigentlichen TäterInnen, ihrem Umfeld und ihren „historischen Vorbildern“. Es sollte an die lange Geschichte organisierter terroristischer Neonazigruppen in Deutschland erinnert werden, um die verbreitete Lesart, beim NSU handele es sich um ein qualitativ ganz neues und isoliertes Phänomen, kritisch zu hinterfragen.

Ein weiteres wichtiges Ziel der Veranstaltungsreihe war, zu erfahren, welche Folgen die Morde und die jahrelangen Ermittlungen für die Opfer und ihre Angehörigen hatten. Was hatte das Bekanntwerden der wirklichen TäterInnen für Auswirkungen? Welche Bedeutung hat die juristische Aufarbeitung für die Betroffenen? Wie gingen sie mit der ausbleibenden Solidarität in all der Zeit um? Und hat sich inzwischen etwas geändert?

Die „Deutschen Aktionsgruppen“

Die „Deutschen Aktionsgruppen“ wurden Anfang 1980 von dem Alt- und Neonazi Manfred Roeder (Jahrgang 1929) gegründet und bestanden in ihrem Kern aus einer Radiologie-Assistentin, einem Arzt und einem Werkarbeiter. Den „Deutschen Aktionsgruppen“ werden neben kleineren Delikten sieben Brand- oder Sprengstoffanschläge zugeschrieben, die sie zwischen Februar und August 1980 begangen. Bei den Anschlägen wurden insgesamt zwei Menschen ermordet und acht weitere teilweise schwer verletzt:

- ▶ Februar 1980: Bombenanschlag auf eine Ausstellung über das Vernichtungslager Auschwitz im Landratsamt Esslingen.
- ▶ 18.4.1980: Bombenanschlag auf das Haus des Landrates, der für die Ausstellung in Esslingen zuständig war.
- ▶ 27.4.1980: Bombenanschlag auf die Schule am Bullenhuser Damm (Hamburg), bei dem zwei Frauen verletzt wurden. Erst eine Woche zuvor war sie in Janusz Korczak-Schule umbenannt und zur Gedenkstätte erklärt worden.

- ▶ 30.7.1980: Bombenanschlag auf das „Bundessammellager für Asylbewerber“ in Zirndorf.
- ▶ 6.8.1980: Brandanschlag auf ein Hotel in Leinfelden-Echterdingen, in dem Flüchtlinge untergebracht waren; die Bewohner_innen konnten das Feuer löschen.
- ▶ 17.8.1980: Bombenanschlag auf eine Asylbewerber-Unterkunft in Lörrach. Drei Flüchtlinge wurden verletzt.
- ▶ 22.8.1980: Brandanschlag in der Hamburger Halskestrasse. Die zwei jungen Vietnamesen Ngoc Châu Nguyen und Anh Lân Dô starben. An die Wand des Wohnheims sprühten die TäterInnen „Ausländer raus“. Den Ort des Anschlages hatten sie nach einem Artikel im Hamburger Abendblatt ausgewählt, der von in der Halskestrasse untergebrachten Flüchtlingen berichtete. Einige Tage später wurden 6 Personen der „Deutschen Aktionsgruppen“ festgenommen.

Anfang 1982 kam es in Stuttgart Stammheim zum Prozess gegen vier Mitglieder der „Deutschen Aktionsgruppen“. Manfred Roeder erhielt als Rädelführer wegen der „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ 13 Jahre Haft. Drei weitere Mitglieder wurden ebenfalls zu Gefängnisstrafen, zu 6 und 12 Jahren und lebenslänglich, verurteilt. Diese drei traten nach Verbüßung ihrer Haftstrafen nicht wieder in Erscheinung, Manfred Roeder hingegen schon. 1996 stand er in Erfurt erneut vor Gericht, er hatte mit anderen Neonazis die Tafeln der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ mit den Worten „Lüge“ und „Hetze“ besprüht. Regelmäßig besuchten bekannte Neonazis den Prozess. Einige Neonazis entrollten im Gerichtsgebäude ein Transparent mit der Aufschrift „Unsere Großväter waren keine Verbrecher“. Die Nazis mit dem Transparent waren Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, Ralf Wohlleben und Andre Kapke. Der Nazi Roeder starb im Juli 2014, im Gegensatz zu Ngoc Châu Nguyen und Anh Lân Dô wurde er 85 Jahre alt.

Die im September 2013 mit einer Filmvorführung begonnene Veranstaltungsreihe wollte alle diese Fragen ansprechen. Mit dem Konzept, wechselnde Veranstaltungsorte in unterschiedlichen Hamburger Stadtteilen zu nutzen, sollte eine möglichst breite Öffentlichkeit erreicht werden. Es deutete sich schnell an, dass diese ambitionierte Vorstellung nur eingeschränkt realisiert werden konnte. Allerdings zeigte sich an dem über gut ein Jahr fast durchgängig großen Interesse an den einzelnen Veranstaltungen auch, dass die InitiatorInnen mit ihrem Wunsch nach Aufklärung und Diskussion nicht allein standen.

Politische Konsequenzen

Eine der Fragen, die zu Beginn der Veranstaltungsreihe gestanden hatte, war die nach politischen Konsequenzen für eine antirassistische und antifaschistische Praxis. Bei dem die Reihe abschließenden Versuch, die Aufmerksamkeit auf einen vergessenen und verdrängten Neonazianschlag in Hamburg zu lenken, ging es darum, die Frage des Gedenkens an rassistische Morde zu thematisieren, die sich im Zuge der Auseinandersetzungen um den NSU und die Reaktionen darauf als zentral herausgestellt hatte. Auf Hamburg bezogen stellt die im Juni 2014 erfolgte Umbenennung eines kleinen Straßensegmentes in Hamburg-Bahrenfeld nach Süleyman Taşköprü ein Novum dar – auch wenn die letztlich gewählte Lösung unbefriedigend bleibt und unangemessen erscheinen muss. Statt der Schützenstraße, in der Süleyman Taşköprü sein Lebensmittelgeschäft betrieb und in der er ermordet wurde, umzubenennen, wurde eine unbewohnte Straße in der Nachbarschaft, zwischen Gewerbe und Brachflächen ausgewählt.

Bemerkenswert ist dies allerdings dennoch. Denn zum einen ist diese Würdigung in Form einer Straßenumbenennung die einzige relevante Konsequenz, die in Hamburg nach Bekanntwerden des NSU gezogen wurde. Darüber hinaus hat sich bis heute wenig bis nichts getan: Weder wurde ein Untersuchungsausschuss, wie inzwischen in den meisten anderen involvierten Bundesländern, eingerichtet, noch wurden personelle Konsequenzen bekannt.

Bemerkenswert ist die Taşköprüstraße auch, da es das erste Mal in der Hamburger Geschichte geschieht, dass ohne größeren Druck von außen eine öffentliche Würdigung eines Opfers neonazistischer Gewalt realisiert wurde. Dass es mit dem Ramazan Avcı-Platz überhaupt einen weiteren öffentlichen Ort in Hamburg gibt, der den Namen eines von Neonazis ermordeten Menschen trägt, verdankt sich ausschließlich dem Engagement der Ramazan Avcı-Initiative und der Familie Ramazan Avcıs, der 1985 von rechten Skinheads getötet wurde. Es sollte 27 Jahre dauern, bis offiziell an diesen Mord erinnert wurde. Die Namen anderer, wie Mehmet Kaymakçı, der ebenfalls 1985 von Neonazis mit einer Betonplatte erschlagen worden ist, oder eben die von Ngoc Châu Nguyen und Anh Lân Dô, kennt heute kaum noch jemand.

Gedenken und Solidarität

Dass die Erinnerung an die Todesopfer rechter Gewalt, nicht nur in Hamburg, wenig öffentliches Interesse hervorruft, hat wahrscheinlich eine ganze Reihe von Ursachen. So fürchten fast schon symptomatisch die Verantwortlichen an praktisch jedem

Ramazan Avcı

Der zu dem Zeitpunkt 26-jährige Ramazan Avcı wartete am 21. Dezember 1985 zusammen mit seinem Bruder und einem Freund an einer Bushaltestelle nahe der Gaststätte Landwehr in Hamburg Hohenfelde auf einen Bus, als eine Gruppe rechter Skinheads aus Bergedorf, die vor dem Lokal standen, auf die drei Männer aufmerksam wurde. Als es zu kleineren Tätlichkeiten kam, setzten Avcı und seine Begleiter zur Verteidigung ein Gasspray ein. Daraufhin bewaffneten sich die Skinheads in der Gaststätte mit Baseballschlägern und ähnlichem Gerät, die drei ergriffen die Flucht. Avcıs Bruder und der gemeinsame Freund, inzwischen von einem Auto verfolgt und aus Leuchtpistolen beschossen, konn-

ten mit einem öffentlichen Verkehrsmittel entkommen. Avcıs Flucht endete, als er vor ein Auto geriet. Anschließend wurde er, noch unter dem Auto liegend, von den etwa 30 Jugendlichen so schwer mit Keulen und Axtstielen geschlagen, dass er später bewusstlos ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Er starb drei Tage später ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben.

Die Tat war bis dahin beispiellos in der Bundesrepublik Deutschland und gehörte tagelang zu den Hauptthemen in den Nachrichten. Von einem Autokorso aus 250 Kraftfahrzeugen durch Hamburg zum Flughafen begleitet, wurde die Leiche Avcıs nach Ankara überführt. Als direkte Reaktion auf Avcıs Er-

mordung bildeten sich unter den migrantischen Jugendlichen Selbsthilfegruppen, die z.B. in S- und U-Bahnen patrouillierten. Am 11. Januar 1986 demonstrierten 10.000 Menschen im Gedenken an Avcı in Hamburg. 25 Jahre nach seinem Tod gründete sich eine Initiative zum Gedenken an Ramazan Avcı, der auch die Witwe und Mutter des gemeinsamen Kindes Güllistan Avcı angehörte.

Nachdem die Morde des rechtsterroristischen NSU bekannt wurden, konnte sich die Initiative schließlich mit der Forderung nach einer Straßenumbenennung durchsetzen: Im Dezember 2012 wurde der Bahnhofsvorplatz offiziell in **Ramazan-Avcı-Platz** umbenannt.

Ort, an dem Anschläge und massive Übergriffe durch Neonazis stattfanden, um ihren Ruf und sind in der Regel vor allem bemüht, sie wahlweise als tragische Einzelfälle darzustellen oder die TäterInnen außerhalb der eigenen Stadt zu suchen. Anzuerkennen, dass Neonazis in und aus der Mitte der deutschen Gesellschaft, und bis zu einem bestimmten Punkt ihres Handelns auch von Teilen dieser Gesellschaft toleriert, agieren, würde dazu nötigen, eine grundsätzliche Auseinandersetzung über den auch *außerhalb* der einschlägigen Szenen vorhandenen Rassismus führen zu müssen. Einfacher ist es, sich im Ernstfall darauf zu berufen, dass organisierte RassistInnen eigentlich nicht Teil dieser Gesellschaft seien und sie als EinzeltäterInnen zu verharmlosen. Die TäterInnen sollen nicht „dazugehören“ – aber dieser Ausschluss trifft häufig ebenso die Opfer. Wo etwa „fremdenfeindliche Motive“ oder „Ausländerhass“ bemüht werden, um rassistische Angriffe zu beschreiben, wird damit zugleich verdeutlicht, dass die Betroffenen Fremde seien, das Problem also nicht „uns“ betrifft. Diese Ausweichmechanismen sind brisant, denn sie dienen nicht nur dazu, Rassismus als Randerscheinung zu verharmlosen, sondern vermitteln auch eine Botschaft an die tatsächlich und potentiell Betroffenen: Was euch zustößt, betrübt uns vielleicht, aber es betrifft uns nicht. So werden Grenzen markiert und denen, die alltäglich mit Rassismus in all seinen Ausprägungen konfrontiert sind, verdeutlicht, dass sie alleine sind. Im Falle des NSU zeigte sich diese Spaltung eindrücklich, als nach dem Mord an Halit Yozgat 2006 in Kassel eine von seiner Familie organisierte Kundgebung unter dem Motto „Kein 10. Opfer“ stand. Das Kalkül des NSU war aufgegangen. Diejenigen, die erkennen sollten, dass sie in diesem Land nicht sicher sind, hatten es verstanden. Es dauerte noch 5 lange Jahre, bis auch in weiteren Kreisen dieser Gesellschaft begriffen werden musste, was hinter den Morden stand.

Auch in der Frage, wem in welcher Form öffentlich gedacht wird und wem nicht, greifen die gleichen Verdrängungsmuster und wird über Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit entschieden. Deshalb sind erinnerungspolitische Interventionen so wichtig: Nicht nur, um die Erinnerung an die Vergangenheit lebendig zu halten und daraus Konsequenzen für die eigene politische Praxis zu ziehen. Sondern auch um das Geschehen, an das erinnert wird, im kollektiven Gedächtnis zu verankern und die kritische Aufarbeitung von Rassismus und seinen Folgen zum Anliegen der Mehrheitsgesellschaft zu machen.

Wenn die Gesellschaft anerkennen würde, dass das Geschehene auch sie betrifft, erführen die Angehörigen der Opfer endlich auch Solidarität und würden nicht länger ausgegrenzt. So versteht auch die „Initiative für ein Gedenken an Ngoc Châu Nguyen und Anh Lân Dô“, die sich nach Abschluss der NSU-Veranstaltungsreihe im August 2014 gründete, ihr Anliegen: Das Gedenken an die Opfer hat zum Ziel, die Solidarität mit den Angehörigen zur gesellschaftlichen Aufgabe zu machen.

Bei der Gedenkkundgebung in der Halskestraße hieß es in einem Redebeitrag: „Wir wollen unsere Geschichte selbst bestimmen. Wir wollen keine institutionelle Erinnerungskultur etablieren, die jegliche Verantwortung von sich weist. Wir werden staatliche Institutionen jedoch auch nicht aus der Verantwortung für die Geschichte entlassen. Erinnern kann nur gemeinsam mit den Opfern rassistischer Taten und deren Familienangehörigen gelingen.“ Darum fordert die Initiative als Ausdruck eines würdigen und dauerhaften Gedenkens die Umbenennung der Halskestraße und der anliegenden Bushaltestelle, in Châu-und-Lân-Straße sowie die Errichtung einer offiziellen Gedenktafel.

Die Tafel, die am 23. August 2014 aufgestellt wurde, ließ die Hotelleitung, kaum waren die DemonstrantInnen abgezogen, demontieren. ■

Süleyman Taşköprü

Am 27. Juni 2001 wurde Süleyman Taşköprü im Gemüseladen seines Vaters in der Schützenstrasse 39 in Hamburg Bahrenfeld von Mitgliedern des NSU ermordet. Er war 31 Jahre alt und hinterließ eine dreijährige Tochter. Die Ermittlungsbehörden ermittelten jahrelang in Richtung „organisierter Kriminalität“. Nachdem die Morde des NSU im November 2011 öffentlich bekannt wurden, forderten die Ange-

hörigen eine Straßenumbenennung der Schützenstrasse. Im Juni 2014 wurde schließlich ein Teil der nahe gelegenen Kohlentwiete in Taşköprü-Straße umbenannt. Zur offiziellen Umbenennung erschienen u.a. der türkische Generalkonsul, Staatsministerin Aydan Özoguz, der grüne Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir und die Hamburger Kultursekretärin Barbara Kisseler. Einige DemonstrantInnen forderten am Rande

die Einsetzung eines NSU-Untersuchungsausschusses (den es bis heute nicht gibt), sowie die Aufklärung der NSU-Morde: „Eine Straßenumbenennung kann Aufklärung nicht ersetzen!“

Gegen Rechts in Glinde. Die Aktion M.u.T. – ein Zusammenschluss antifaschistisch ausgerichteter Menschen

Von der Aktion M.u.T.

„Es ist eine Selbstverständlichkeit für jeden Einzelnen von uns sich Faschismus, wo immer er sich zeigt entgegenzustellen.“ Die Kleinstadt Glinde mit ca. 18.000 EinwohnerInnen liegt in der Metropolregion Hamburg, etwa 7 Kilometer östlich von der Stadtgrenze in Schleswig-Holstein. War Glinde bis zum Jahr 2011 eine eher unpolitische Stadt, so änderte sich dies am 16. September des Jahres sehr plötzlich. Die Marke Thor Steinar eröffnete unter dem Namen „Tønsberg“ in der Möllner Landstraße eine neue Filiale.

Die Eröffnung eines Geschäftes mit derart politisch aufgeladener Kleidung zieht häufig einen Szenetreffpunkt nach sich, in jedem Falle aber eine Normalisierung und breitere Akzeptanz geschichtsrevisionistischer, ausgrenzender Symbolik in der Gesellschaft. Das galt es zu verhindern: Jugendbündnisse fanden sich zusammen, das Parteienbündnis, bis heute eine feste Größe im Protest gegen Thor Steinar, entstand, Kirchen und Vereine, sowie viele Einzelpersonen bezogen deutlich Stellung und tun es bis zum heutigen Tage.

Ebenso gibt es aber auch viele Stimmen, denen die Bedeutung des Ladens entweder unbekannt oder ganz einfach vollkommen egal ist. Und KundInnen und BesucherInnen, auch aus Glinde, gibt es im „Tønsberg“ mehr als genug.

Die hinter der „Aktion M.u.T.“ stehenden Menschen kommen überwiegend aus der Protestbewegung gegen den „Thor Steinar“ Laden. Die starke Konzentration auf den Laden verstellt nach ihrer Ansicht aber den Blick auf die eigentlichen Ursachen. Das Problem liegt in den Köpfen: Sozialisierung, die Klischees beinhaltet, eine Banalisierung von institutionellem Rassismus, das Hinnehmen und Überhören diskriminierender Aussagen, die Relativierung von rechtsextremistischen Über-

griffen, eine endlos lange Folge von Dingen, die tagtäglich geschehen und einem überall begegnen. Sie stellten sich die Frage: Was passiert, wenn der Laden schließt? Ist das Problem dann behoben? Oder einfach nur nicht mehr sichtbar?

In Glinde gibt es derzeit keine organisierte rechte Szene. Doch eine nicht unerheblich steigende Zunahme von rassistischen und neonazistischen Parolen und tätlichen Angriffen auf Aktive vor Ort, lässt zumindest auf ein diesbezügliches Potential schließen. Auch Begegnungen bei der Verteilung von Flyern mit Aussagen wie: „Geht doch nach Nordkorea“ lassen einen deutlichen Informationsbedarf durchscheinen.

Eine Öffnung innerhalb des Protestes auf weiterführende Felder des Rechtsextremismus, sowie zivilgesellschaftliche Missstände war durch die in drei Jahren gewachsenen und verfestigten Strukturen nicht möglich. Nach Ansicht einiger AktivistInnen aber zwingend erforderlich. Und so wurde die Aktion M.u.T. Menschlichkeit und Toleranz, am 20. September 2014 in Glinde, Schleswig-Holstein ins Leben gerufen. Die in ihr Aktiven verstehen ihre Initiative als ergänzende Kraft im Zusammenspiel aller Organisationen und Institutionen vor Ort für eine offene und solidarische Gesellschaft - auch jenseits des Thor-Steinar-Ladens.

Eine der ersten Aktionen von M.u.T. war die dauerhafte Einrichtung der stoert-mich@in-glinde.de – Adresse. Auslöser war das vermehrte Auftauchen von Parolen mit neonazistischen Bezügen und eindeutigen Symbolen in der Stadt. Mit der Adresse wird allen die Möglichkeit der Meldung gegeben, so dass M.u.T. dann für die Entfernung der rechten Parolen sorgen kann. Von Beginn an wurde die Adresse rege genutzt und sie ist nach wie vor aktiv und wird betreut.

Darüber hinaus plant und organisiert M.u.T. Diskussionsreihen mit ReferentInnen zu verschiedenen Themen, wie z.B. im Januar 2015 einen Informationsabend „Vom Flüchtling zum Mitbürger“. Ein Thema, das nicht nur in Glinde aktuell ist. Für M.u.T. ist es wichtig eine Kultur zu schaffen, die das Wort „Willkommen“ nicht nur trägt, sondern auch lebt. Kulturveranstaltungen, wie z.B. die musikalische Lesung „Die atmende Wand“ von und mit Yannick Reimers und Karla Feles, schaffen Räume der Begegnung, der Erinnerung und des Austausches. Sportveranstaltungen ermöglichen ein Aufeinander zugehen, das erst einmal nicht vieler Worte bedarf. Projekte an, für und mit Grund- und weiterführenden Schulen in Glinde und Umgebung haben das Ziel dort zu greifen, wo die Wurzeln für einen offenen Umgang ohne Diskriminierung und Rassismus angelegt werden.

Durch eine undogmatische Sicht auf das Leben gibt es im Grunde keine Aktion und kein Projekt, das nicht realisierbar ist. Entscheidend ist für M.u.T. die Zielsetzung: Das Miteinander - durch Aufklärung, Information, Zusammenführung, Inspiration, pragmatische Hilfe, Sensibilisierung, Sichtbarmachung und wenn nötig auch Störung.

Was die Zukunft bringt

Neben aktuell laufenden Vorhaben wie z.B. das Organisieren eines generationsübergreifenden Kunstprojektes mit KünstlerInnen und Kindern ist M.u.T. derzeit dabei die internationalen Wochen gegen Rassismus im März 2015 vorzubereiten. Anliegen ist es hier vor allem Glinde Vereine, Verbände, Institutionen für diese Zeit mit einzubinden, weil

eine intensive Auseinandersetzung mit Rassismus, die dem Planen einer Veranstaltung voran geht, nachhaltig wirkt und somit auch über die internationalen Wochen hinaus verankert bleibt.



Im April/ Mai 2015 nimmt die Initiative am Literaturprojekt „Der Kreis liest ein Buch“ teil. Als Lesepaten für das Buch „Amon – mein Grossvater hätte mich erschossen“, nominiert dafür wurde M.u.T. im Herbst 2014, werden Lesungen, Ausstellungen, Konzerte u.ä. zu dem Thema Familiengeheimnisse und wie sich der Nationalsozialismus auf jeden heute auswirkt durchgeführt.

Menschen mit Ideen und dem Wunsch ebenfalls aktiv zu werden bietet M.u.T. die Möglichkeit auf das bestehende Netzwerk zuzugreifen und es zu ergänzen. ■

Weitere Informationen unter www.mut-in-glinde.de
Kontakt unter mut@in-glinde.de.

Das Mobile Beratungsteam gegen

Rechtsextremismus:

Beratung von Eltern, deren Kinder in die rechte Szene abzugleiten drohen; Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen extrem rechte Präsenz wie szenetypische Bekleidungsgeschäfte oder sich jährlich wiederholende Aufmärsche in ihrem Umfeld wehren wollen; Zusammenarbeit mit kommunalen Stellen, die mit der Anmeldung von NPD-Ständen konfrontiert sind; Hilfe für Gruppen und Einzelpersonen, die von rechten AkteurInnen, Organisationen oder Websites bedroht oder angegriffen werden; Beobachtung von neuen und alten AktivistInnen, Organisationen und Strukturen der extremen Rechten; Beratung von BürgerInnen, die in ihren Sportstätten, Kleingartenvereinen oder an ihren Arbeitsplätzen rechte Parolen erleben – die Tätigkeits- und Aufgabenfelder des Hamburger Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (MBT) sind sehr breit angelegt.

Sie erreichen das MBT unter:

mbt@hamburg.arbeitundleben.de
www.beratung-gegen-rechts-hamburg.de
www.hamburg.arbeitundleben.de
www.dgb-jugend-nord.de

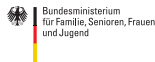
Das Beratungsnetzwerk gegen

Rechtsextremismus:

Das BNW besteht mittlerweile aus mehr als 40 staatlichen und nicht staatlichen Institutionen aus Hamburg und dem Umland. Die NetzwerkpartnerInnen treffen sich regelmäßig, tauschen ihre Erkenntnisse zum Thema Rechtsextremismus aus und entwickeln Gegenstrategien. Die Koordinierungsstelle ist bei der Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung angesiedelt. Diese leitet auch Anfragen direkt an das MBT weiter.

Tel: 040 42863 3625
Federführend zuständig ist die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.
Mehr Infos unter:
www.hamburg.de/beratungsnetzwerk

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg ist ein Projekt von Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V. und der DGB Jugend Nord. Im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« wird es gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg.



HerausgeberInnen

Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.

Vereinsregister: Amtsgericht Hamburg Registernummer: VR 9937

Kontakt: Arbeit und Leben Hamburg e.V., Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Telefon: 040 284016-68

E-Mail: mbt@hamburg.arbeitundleben.de

V.i.S.d.P.: Horst H. Hopmann, Arbeit und Leben Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Konzeption und Redaktionelle Betreuung: Fabian Kaufmann, Katharina Höfel

Juristische Beratung: Alexander Hoffmann, Dr. Björn Elberling

Gestaltung/Satz: pbd